Begründung

Die Mitwirkung eines nicht stimmberechtigten Mitglieds der Gruppe der PDS an der Arbeit der Enquete-Kommission würde eine Schlechterstellung gegenüber der 12. Wahlperiode bedeuten. In der 12. Wahlperiode hatte die Gruppe der PDS/Linke Liste mit 17 Abgeordneten ein stimmberechtigtes Mitglied in der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“. Mit 30 Abgeordneten soll die Gruppe der PDS nunmehr in der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ mit nur einem nicht stimmberechtigten Mitglied vertreten sein. Dies ist nicht zu akzeptieren.

Der Hilfsantrag zielt darauf ab, die Regelung der 12. Wahlperiode zu übernehmen.